

EVANGELISCHER OBERKIRCHENRAT

70012 STUTTGART, 2007-05-08
POSTFACH 10 13 42
Telefon 0711 2149-0
Sachbearbeiter – Durchwahl
KR Penzoldt –514
E-Mail: martin.penzoldt@elk-wue.de

AZ 18.19-2 Rüstungsfrage Nr. 1094/1.1

An die
Evang. Pfarrämter
über die Evang. Dekanatämter
- Dekaninnen und Dekane sowie
Schuldekaninnen und Schuldekane -
und landeskirchliche Dienststellen

Den Mitgliedern der Württ. Evang. Landessynode zur Kenntnis

Krisenprävention und gewaltfreie Konfliktregelung
Stellungnahme der Württembergischen Evangelischen Landessynode vom 16. März 2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Landessynode beschloss am 16. März die beigefügte Stellungnahme „Krisenprävention und gewaltfreie Konfliktregelung“.

Sie wendet sich an den Rat der Europäischen Union, die Abgeordneten im Europäischen Parlament und die Europäische Kommission. Den kirchlichen Vertretern in EKD, GEKE und KEK wurde sie mit der Bitte zugeleitet, diese für ihre Ziele zu verwenden.

Am 12. Juli 2004 beschloss der Rat der Europäischen Union die Schaffung der Europäischen Rüstungsagentur. Im Entwurf einer Europäischen Verfassung ist die Schaffung einer Europäischen Agentur für die Bereiche Entwicklung militärischer Kapazitäten, Verteidigungsfähigkeit, Forschung, Beschaffung und Rüstung vorgesehen.

Die vorliegende Stellungnahme wurde darauf in Aufnahme von Initiativen aus unserer Landeskirche, anderen Gliedkirchen der EKD, der Gemeinschaft Europäischer Kirchen (GEKE), der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und anderer politischer Initiativen vom Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit der Landeskirche erarbeitet. Im Sinne des kirchlichen Friedensauftrags beschreibt sie die Notwendigkeit von Krisenprävention und gewaltfreier Konfliktregelung, betont den Vorrang nichtmilitärischer Mittel zur Konfliktlösung und schlägt konkrete Maßnahmen vor. Sie unterstützt den Vorschlag der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), bei der Europäischen Union eine Europäische Agentur zur Friedensförderung einzurichten. Mit dieser Erklärung bekräftigt die Landeskirche ihre Verantwortung für den Frieden und schlägt konkrete Schritte vor. Sie macht damit ein Angebot zur Orientierung in einer Situation, in der die Problematik militärischer Lösungsversuche auch in der allgemeinen Öffentlichkeit zusehends wahrgenommen wird.

Die Stellungnahme wurde den politisch Verantwortlichen und kirchlichen Vertreter/-innen übersandt. Wir bitten, sie auch in den Gemeinden bekannt zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Heiner Küenzlen
Oberkirchenrat

Anlage: Krisenprävention und gewaltfreie Konfliktregelung. Stellungnahme der Württembergischen Evangelischen Landessynode zur Stärkung des Beitrags der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten zur Friedensförderung und zivilen Konfliktbearbeitung vom 16. März 2007